LANDTAG .LIBERAL

03
23

BÜRGERFREUNDLICHE POLITIK:

BAUEN UND WOHNEN MÜSSEN BEZAHLBAR BLEIBEN!

DAS MAGAZIN DER FDP-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Wüsts Windkraft-Wortbruch

Haushaltsdebatte im Landtag

Kernfusion aus NRW

Liebe Leserinnen und Leser,
liberale Freundinnen und Freunde,

nach über einem Jahr unter der schwarz-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wird deutlich: Die FDP macht einen gewichtigen Unterschied und fehlt in der Landesregierung! Unser Bundesland spürt es im Alltag – steigende Kosten und Belastungen. Statt Entlastung bietet die Regierung aus CDU und Grünen u. a. ein Grundsteuer-Chaos, das bereits eine Million Einsprüche ausgelöst hat. Das Kabinett von Hendrik Wüst steht für zu hohe Grunderwerbsteuern und insgesamt immer weiter steigende Bau- und Wohnkosten.

Nordrhein-Westfalen könnte die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger mildern, doch Ministerpräsident Wüst und seine Regierung haben sich dagegen entschieden. Wir als FDP-Landtagsfraktion setzen uns konstruktiv für liberale Lösungen ein, die Wachstum ermöglichen und Wohlstand erhalten. Wir zeigen, wie es besser gehen könnte und werden nicht schweigen, wenn die CDU für den Machterhalt weitere Zugeständnisse an die Grünen macht.

In diesem Magazin präsentieren wir zudem Vorschläge, wie wir Unternehmen im Land halten können, denn das ist von großer Bedeutung. Darüber hinaus werfen wir einen Blick auf die Zukunft der Energieversorgung: Mit einem Standort Nordrhein-Westfalen für die Hochtechnologie „Kernfusion“. Mit zahlreichen Impressionen unserer Veranstaltungen wollen wir dafür werben, dass wir auch Sie hoffentlich bald bei unseren Dialogformaten im Landtag oder vor Ort begrüßen dürfen.

Genießen Sie die Lektüre unseres Magazins „Landtag.Liberal“. Wir haben es für Sie neu aufgelegt und freuen uns auf Ihr Feedback.

Ihr

MARCEL HAFKE
Parlamentarischer Geschäftsführer
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Cover: Freeman; Stafeeva/stock.adobe.com

CDU UND GRÜNE VERTEUERN BAUEN UND WOHNEN

WIR FORDERN ENTLASTUNGEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen leiden an einem akuten Abgaben-Burnout, den die Landesregierung verursacht. Versprochene Entlastungen beim Bauen und Wohnen werden von CDU und Grünen blockiert oder sogar wieder rückgängig gemacht. „Wir sehen einen regelrechten Feldzug des Kabinetts von Hendrik Wüst gegen das Bauen und Wohnen. Als Freie Demokraten halten wir dagegen. Wir engagieren uns dafür, dass der Erwerb von Wohneigentum und das Wohnen selbst für die Menschen bezahlbar bleiben“, sagt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW.

SCHWARZ-GRÜN VERSCHLIMMERT ANGESPANNTE LAGE

Engpässe bei Baumaterialien und im Handwerk, eine hohe Inflation mit steigenden Heiz- und Strompreisen haben zu hohen Baukosten und -zinsen sowie Verbraucherpreisen geführt. Damit rückt nicht nur der Traum von den eigenen vier Wänden für viele Menschen weiter in die Ferne, sondern das Wohnen an sich wird verteuert. „In dieser Phase müssen wir politische Maßnahmen ergreifen, die den Erwerb und die Nutzung von Wohneigentum so günstig wie möglich halten und bestmöglich vereinfachen. Die Landesregierung macht genau das Gegenteil und verschlimmert die angespannte Lage“, kritisiert Höne.

Wer selbstgenutztes Wohneigentum hat oder erwerben will, dem bürdet die NRW-Landesregierung immer wieder neue Kosten auf. Damit tragen CDU und Grüne zum wirtschaftlichen Abschwung Nordrhein-Westfalens bei. Zu den Belastungen zählen unter anderem das Grundsteuer-Chaos, die hohe Grunderwerbssteuer, die Regelungen zu Straßenausbaubeiträgen und Erschließungsbeiträgen, zu hohe Abwassergebühren, und die neu geplante Rohstoffabgabe, der Kies-Euro.

LIBERALES MASSNAHMENPAKET

Die FDP-Landtagsfraktion hat gegen diesen schwarz-grünen Feldzug eine parlamentarische Initiative gestartet. Damit das Wohnen für Hauseigentümer und Mieter bezahlbar bleibt, setzen sich die Liberalen dafür ein, dass

- ein einfacheres Grundsteuermodell in NRW eingeführt wird,
- das Förderprogramm „NRW. Zuschuss Wohneigentum“ wie versprochen weitergeführt wird,
- auf Bundesebene ein Freibetrag der Grunderwerbsteuer eingeführt wird,
- Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 abgeschafft werden,
- eine Obergrenze von zehn Jahren zur Festsetzung von Straßenerschließungsbeiträgen festgelegt wird, inklusive einer Verjährungsfrist von 25 Jahren nach erstem Spatenstich,
- sich Kommunen zur transparenten Berechnung der Abwassergebühren verpflichten,
- und dass die Landesregierung allgemein auf alle Maßnahmen verzichtet, die das Bauen, Sanieren und Wohnen verteuern oder erschweren. Hierzu gehört auch, dass auf Rohstoffabgaben, z. B. den Kies-Euro, verzichtet wird. ■

KERNFUSIONSENERGIE AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Menschheit benötigt dringend saubere Energiequellen, um den Klimawandel und den steigenden Energiebedarf zu bewältigen.
Die Kernfusion, die sogenannte „Sonnenenergie", kann ein weiterer verlässlicher Baustein zur Deckung unseres Strombedarfs werden.
Die Kernfusion ist die stärkste Energieerzeugungsform, die uns zur Verfügung steht. Sie ist CO_2-neutral, sicher und sauber.

Fusionsenergie bietet eine vielversprechende Lösung, um zukünftig zum grundlastfähigen Energie-Mix beizutragen. Wir sind überzeugt: Deutschland, insbesondere Nordrhein-Westfalen, sollte eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Fusionskraftwerken einnehmen. „Kernfusion ist längst keine Science Fiction mehr! Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen zum Standort des ersten Kernfusions-Demonstrationskraftwerks in Deutschland wird. Dafür engagieren wir uns mit unserer Initiative", sagte Angela Freimuth, unsere Sprecherin für Wissenschaft, in der Landtagsdebatte zu unserem Antrag. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte mindestens eine Milliarde Euro investieren, um ein Demonstrationskraftwerk der Kernfusion zu ermöglichen. Das Geld kann aus den Strukturfördermitteln für das Rheinische Revier kommen. Die Strukturfördermittel für das Rheinische Revier haben ein Gesamtvolumen von 14,8 Milliarden Euro. Und das Forschungszentrum Jülich bringt aus unserer Sicht als potenzieller Standort bereits optimale Voraussetzungen mit. ■

Angela Freimuths Rede im Landtag:

Bildhinweise: SG-design; redkoala; Benjamas; Ai Inspire/stock.adobe.com

WIR FORDERN NEUE WIRTSCHAFTSIMPULSE:

„INDUSTRIEKONSENS“ FÜR BESSERE STANDORTBEDINGUNGEN

Nach den Plänen der NRW-Landesregierung von CDU und Grünen wird der Landeshaushalt 2024 auf mehr als 100 Milliarden Euro anwachsen. „Dass die Landesregierung bei diesem Rekordhaushalt von einem Sparhaushalt spricht, ist ein schlechter Scherz! Der Staat muss in seinen Kernaufgaben wieder stark und schlagkräftig werden. Dafür muss er in anderen Bereichen aber auch schlanker werden“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne in seiner Rede zum Landeshaushalt. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf verpasse Schwarz-Grün die Chance „auf den großen Wurf“.

Das Rezept der Grünen lautet, die Folgen schlechter Politik mit Subventionen und Förderprogrammen zu überstreichen: „Subventionen machen schlechte Politik nicht besser, sondern nur teurer. Und teurere Politik können wir uns in NRW bei dieser Haushaltslage nicht mehr leisten“, betonte Höne. Die Landesregierung fördert mit über 30 Millionen Euro Klimatechnologien, die längst marktgängig sind. Das passt in die grüne Erzählung dieser Landesregierung. Bei Zukunftstechnologien wie Energiespeichern, Quantencomputing oder Künstlicher Intelligenz setzen CDU und Grüne hingegen den Rotstift an. Das schadet der Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Wir setzen uns als FDP-Landtagsfraktion dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Standort wird, an dem sich Unternehmen gerne niederlassen. „Wir fordern einen Industriekonsens für NRW. Die Infrastruktur braucht Vorfahrt. Nordrhein-Westfalen muss Steuern und Abgaben senken, Bürokratie abbauen und eine Fachkräfteoffensive starten“, betonte Höne in seiner Rede. Dazu gehöre auch, das Energieangebot zu erhöhen, die Stromsteuer auf europäisches Mindestniveau zu senken, den Ausbaudeckel von Photovoltaikanlagen aufzuheben und verstärkt Biomasse oder Erdwärme zu nutzen.

So kann unser Bundesland das Vertrauen der Industriebetriebe in den Standort NRW zurückgewinnen. ■

Henning Hönes Rede zum NRW-Landeshaushalt 2024:

„RESSOURCEN NUTZEN, NICHT VERSCHWENDEN“

WIR ENGAGIEREN UNS FÜR DEN LEBENSMITTELERHALT

Jedes Jahr landen in Deutschland rund elf Millionen Tonnen Lebensmittel im Abfall. Der Großteil (59 Prozent) der Lebensmittel gehen über die Verbraucherinnen und Verbraucher verloren, 78 Kilogramm Nahrung pro Person. Lebensmittelverschwendung hat zudem einen gewichtigen Einfluss auf den Klimawandel: Nach Schätzungen der EU-Kommission ist Lebensmittelverschwendung für sechs Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Solche Zahlen zeigen, wie wichtig das Thema ist. Als FDP-Landtagsfraktion wollen wir mit allen Beteiligten der Wertschöpfungskette diese Lebensmittelverluste konsequent reduzieren. Unter diesem Motto haben wir gemeinsam mit der SPD einen Antrag eingebracht, um die entsprechenden Voraussetzungen dafür in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

SCHWARZ-GRÜN: „KEIN HANDLUNGSBEDARF BEI DER LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG“

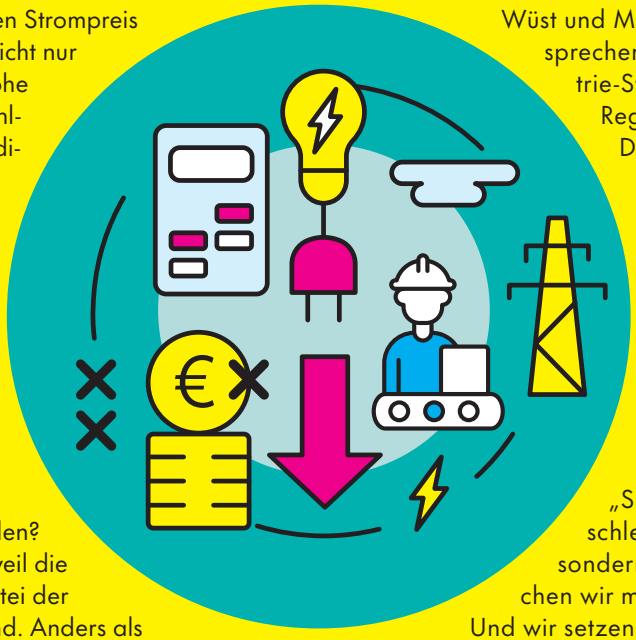
„Wir wollen eine gezielte Verbraucheraufklärung zum Mindesthaltbarkeitsdatum und zur Lebensmittelverschwendung durch das Land NRW sicherstellen. Das Mindesthaltbarkeitsdatum darf nicht mehr als Datum der Genussuntauglichkeit fehlinterpretiert werden. Durch eine landesweite Informationskampagne und verbesserte Ernährungsbildung können wir vermitteln, wie Lebensmittel länger haltbar bleiben, und dass diese auch nach Ablauf des Datums noch genießbar sind“, erklärt Dietmar Brockes, agrar- und verbraucherpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW. „Auch rechtliche Hürden, die eine Lebensmittelrettung und damit Ressourcenschonung erschweren, müssen wir abbauen. Wir wollen Anreize schaffen, um die Weitergabe von unverkauften, aber genusstauglichen Lebensmitteln aus der Außer-Haus-Verpflegung oder dem Supermarkt zu erleichtern.“

CDU und Grüne sehen allerdings keinen Handlungsbedarf. Die Regierungskoalition lehnte den Antrag mit fadenscheinigen Begründungen ab. „Unser Antrag kann ohne finanziellen Mehraufwand die Situation für Bedürftige bei den Tafeln verbessern. Es zeigt mal wieder, dass CDU und Grüne nicht über den sprichwörtlichen Tellerrand hinaus schauen können! Für Schwarz-Grün ist Parteipolitik wichtiger als gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten“, kritisierte Brockes in der emotional geführten Landtagsdebatte. ■

IRRWEG INDUSTRIE-STROMPREIS

HÖNE: „SUBVENTIONEN MACHEN SCHLECHTE POLITIK NICHT BESSER, SONDERN NUR TEURER"

Die Debatte um zu hohe Strompreise und einen vergünstigten „Industrie-Strompreis" spaltet Politik und Wirtschaft in Befürworter und Kritiker. Als FDP-Landtagsfraktion NRW lehnen wir einen staatlich subventionierten Industrie-Strompreis ab. Wir sind der Meinung, dass Selbstständige und kleine Betriebe für Industrieunternehmen nicht den Strompreis mitbezahlen sollten. Denn nicht nur Industriebetriebe müssen hohe Energiekosten schultern. Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen arbeiten ebenfalls energieintensiv und stehen im internationalen Wettbewerb. Auch im Landtag NRW wurde über diese Frage heftig debattiert.



„Der Industrie-Strompreis ist ein Irrweg. Alle sollen noch mehr zahlen, damit einige Wenige weniger zahlen? Das überzeugt mich nicht, weil die Freien Demokraten eine Partei der sozialen Marktwirtschaft sind. Anders als die Grünen, die aus der eigenen Ideologie heraus Wirtschaft nur da unterstützen, wo es ihnen passt. Lösungen liegen auf der Hand: Stromsteuer runter, Verzicht auf die Konzessionsabgabe, Nachfolgeregelung für den Spitzenausgleich. Es gibt aber vor allem bei den Rahmenbedingungen enorm viel zu tun. Doch selbst in dieser Situation können die Grünen nicht davon lassen, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sabotieren", kritisiert der Fraktionsvorsitzende Henning Höne.

STANDORTBEDINGUNGEN VERBESSERN – WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Einig hingegen sind sich CDU und Grüne in Nordrhein-Westfalen: Ministerpräsident Hendrik Wüst und Ministerin Mona Neubaur sprechen sich beide für den Industrie-Strompreis aus. Das ist aus Regierungssicht naheliegend: Denn der völlig ohne Not in grünen Hinterzimmern beschlossene vorgezogene NRW-Kohleausstieg 2030 wird eine weitere Verknappung des Energieangebots auslösen. Die Strompreisspirale schraubt sich dadurch weiter in die Höhe.

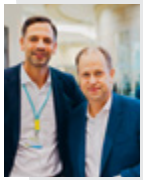
„Subventionen machen schlechte Politik nicht besser, sondern nur teurer. In NRW brauchen wir mehr Angebot an Energie. Und wir setzen auf Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Standortbedingungen abzielen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken. Wir wollen nicht, dass der Bestand subventioniert wird. Wir wollen, dass Unternehmen und Selbstständige beste Rahmenbedingungen haben", betont Höne. Auch große Verbände wie der Steuerzahlerbund, Familienunternehmer, Handwerk und DIHK warnen vor einer einseitigen Förderung großer industrieller Verbraucher. ■

Bildhinweise: bsd studio; davooda; HalynaRom/stock.adobe.com

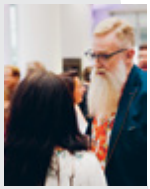
SOMMER 2023: IMPRESSIONEN AUS DER FRAKTION

JAHRESBILANZTOUR 2023

SOMMERFEST



IMPRESSIONEN



Bildhinweise: Muhammad Muhdi/stock.adobe.com

WÜSTS WINDKRAFT-WORTBRUCH:

NUR GRÜNE SYMBOLPOLITIK STATT ECHTER AUSBAUBESCHLEUNIGUNG

Wir Freie Demokraten unterstützen den zügigen Ausbau der Windenergie. Der Ausbau muss aber geordnet ablaufen und akzeptanzgetragen sein. „Beides gefährdet die Landesregierung unter Hendrik Wüst jetzt unnötig und trägt die Abschaffung des Mindestabstands für Windenenergieanlagen feierlich wie eine Monstranz vor sich her, als wäre es der große Durchbruch. Die Energiewende klemmt nicht wegen der Abstandsvorgaben in NRW. Die vielen Genehmigungen für Windräder in diesem Jahr sind zuvor mit den gültigen Schutzabständen bewilligt worden“, sagt Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW.

FLÄCHENZIEL IST ERREICHBAR – MIT MINDESTABSTÄNDEN

Das Landesamt für Umwelt und Naturschutz hat im April 2022 noch mit den geltenden Schutzabständen vorgerechnet, dass das Flächenziel des Bundes, bis zum Jahr 2032 1,8 Prozent der Landesfläche für die Windenergie auszuweisen, erreichbar ist. Seitdem ist die mögliche Flächenkulisse für den Windenergieausbau auf Bundes- und Landesebene sogar noch erweitert worden. Auch bisher war es in den Gemeinden möglich, den 1.000-Meter-Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung zu unterschreiten, wenn es vor Ort gewollt war. Das Problem ist vielmehr: „Die Energiewende stockt durch zu viel Verwaltung und langwierige Verfahren. Wir brauchen im Schnitt zwei Jahre, um ein Windrad zu genehmigen. Und wir brauchen durchschnittlich acht Jahre von der ersten Planung bis zur Inbetriebnahme eines Windrads. Das ist viel zu lang“, so Brockes. Bisher gibt es kein digitales Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen. Noch immer schieben die Projektierer und die Genehmigungsbehörden Berge von Papierakten hin und her. Wir müssen diese Bürokratielast abbauen und durch einfachere digitale Lösungen ersetzen.

„WILDWUCHS“ MIT ANSAGE

Als Freie Demokraten sind wir immer dabei, wenn eine komplizierte Regel, die viel Bürokratie erzeugt, durch eine einfache Regel ersetzt wird, die Genehmigungsverfahren beschleunigt. „Mit der Abschaffung der Schutzabstände zu Windenergieanlagen macht die grüne Ministerin Mona Neubaur jetzt aber genau das Gegenteil: Statt wie bisher mit einer einfachen Regel den Zubau von Windenergieanlagen auf dem eigenen Gemeindegebiet steuern zu können, kriegen die Kommunen dafür jetzt kompliziertes Planungsrecht als Instrument. Weder die Kommunen noch die Anwohnerinnen und Anwohner blicken da noch durch. Die Landesregierung pfeift auf einen geordneten Ausbau im Land und nimmt den Wildwuchs von Windrädern in den Gemeindegebieten billigend in Kauf. Das senkt die Akzeptanz von Anlagen und schürt vor Ort neue Konflikte“, kritisiert Brockes. Wieder zeigt sich: Auf das Wort von Ministerpräsident Hendrik Wüst ist kein Verlass. Noch im Wahlkampf hat er vehement die Mindestabstände von Windkraftanlagen verteidigt. Jetzt hat er sein Wort gebrochen. ■

DAS PROBLEM BEIM WINDENERGIEAUSBAU IST NICHT DER 1.000-METER-ABSTAND, SONDERN DIE BÜROKRATIELAST. DURCHSCHNITTLICH 23 MONATE FÜR PLANUNG UND GENEHMIGUNG EINER WINDKRAFTANLAGE SIND NICHT AKZEPTABEL. WIR FORDERN EINE DEUTLICHE VERKÜRZUNG AUF MAXIMAL SECHS MONATE BEI BEIBEHALTUNG DES MINDESTABSTANDS. WIR MÜSSEN JETZT DEN TURBO FÜR PLANUNGEN UND GENEHMIGUNGEN EINLEGEN.

Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

Bildhinweise: enotmaks; byswat; Makarova Art; vaneeva/stock.adobe.com

PRAKTISCHES JAHR: WIR FORDERN BESSERE BEDINGUNGEN FÜR NACHWUCHSÄRZTINNEN UND -ÄRZTE

Zwischen 229 Euro und rund 600 Euro liegt die monatliche Aufwandsentschädigung für junge Medizinerinnen und Mediziner in ihrem Praktischen Jahr (PJ) an den Universitätskliniken. Wir wollen mehr junge Menschen für die ärztliche Tätigkeit gewinnen und die Bedingungen für sie verbessern: „Gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten und Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen muss die Landesregierung auf eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen hinwirken. Andererseits muss sich das Land bei der anstehenden Novelle der Ärztlichen Approbationsordnung dafür einsetzen, eine Mindestvergütung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes und eine gesonderte Regelung für Krankheitstage einzuführen“, sagte Susanne Schneider, unsere Sprecherin für Gesundheit, der Rheinischen Post. ■

„SCHWERE BLAMAGE, WÜST-PLAN WAR EIN SCHNELLSCHUSS“ WIR FORDERN KOMMUNALE SCHULDENBREMSE UND MEHR FREIES GELD STATT FÖRDERPROGRAMME

CDU und Grüne scheitern weiter an der politischen Realität. Die Landesregierung hat beim Thema Altschulden auf Druck der Kommunen ihre Pläne einkassiert. Für die Landesregierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst ist das eine schwere Blamage. „Die Landesregierung muss jetzt einen konsensfähigen Vorschlag unterbreiten und mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Das bedeutet, dass das Land NRW eigenes Geld in die Hand nehmen muss“, betont unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne. „Wir brauchen eine kommunale Schuldenbremse. Nur dann wird sich der Bund an einer Lösung beteiligen“, ergänzt Dirk Wedel, Sprecher für Kommunales in unserer Fraktion. ■

VERSETZUNG GEFÄHRDET – NRW VERLIERT ANSCHLUSS IM BILDUNGSVERGLEICH

Nordrhein-Westfalen belegt im „Bildungsmonitor 2023“ nur den 13. Platz der 16 Bundesländer. „Versetzung gefährdet lautet das Zeugnis der NRW-Landesregierung im Bildungsbereich“, kritisiert Franziska Müller-Rech, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW. Wir fordern deutlich mehr Anstrengungen von der Landesregierung. „Es braucht nun einen verstärkten Ausbau der Kapazitäten für das Lehramtsstudium, Lehrpläne müssen angepasst werden und wir brauchen mehr Schulautonomie. Auch braucht es einen besonderen Fokus auf die sozial benachteiligten Quartiere in NRW“, betont Müller-Rech. ■

ZW!SCHENRUF NRW

DER PODCAST DER FDP-FRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Alle Folgen:

JETZT REINHÖREN UND DEN PODCAST ABONNIEREN!

LESEN SIE UNS AUCH ONLINE

@FDPFraktionNRW

@FDPFraktionNRW

@fdpltf_nrw

FDP-Landtagsfraktion NRW

@FDPFraktionNRW

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:
Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:
FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:
11. September 2023

GESTALTUNGSKONZEPT UND LAYOUT:
www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:
Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:
Beisner Druck GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Dieses Magazin wird aus nachhaltigen Papierprodukten hergestellt.

Unsere Papierauswahl ist FSC®-zertifiziert.

FSC www.fsc.org MIX Paper from responsible sources FSC® C008984

UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema FSC®-Zertifizierungen können Sie online nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de